

5. National- und Ständeratswahlen 2007

Die folgenden Mitglieder von PERSPECTIVE CH kandidieren bei den kommenden Parlamentswahlen und werden durch uns unterstützt (in alphabetischer Reihenfolge):

NATIONALRAT (Kanton Aargau)

Adrian Ackermann, 1964, dipl. Immobilien-Treuhänder/Unternehmer, Grossrat, Kaisten (FDP)
Thierry Burkart, 1975, lic. iur. HSG, Jurist, Grossrat, Vize-Präsident FDP AG, Baden (FDP)
Corina Eichenberger, 1954, Rechtsanwältin, Mediatorin SAV, Grossratspräsidentin 2005/2006, Kölliken (FDP)
Sylvia Flückiger-Bäni, 1952, Unternehmerin, Grossrätin, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Schöftland (SVP)
Roger Fricker, 1967, Postautochauffeur, Grossrat, Gemeindeammann, Oberhof (SVP)
Lieni Füglistaller, 1951, Unternehmer, Nationalrat und Grossrat, Rudolfstetten-Friedlisberg (SVP)
Ulrich Giezendanner, 1953, Kaufmann, Unternehmer, Nationalrat, Rothrist (SVP)
Andreas A. Glarner, 1962, Unternehmer, Grossrat, Fraktionspräsident, Gemeindeammann, Oberwil-Lieli (SVP)
Walter Glur, 1943, Meisterlandwirt, Nationalrat, Glashütten-Murgenthal (SVP)
Dr. Michael Hunziker, 1965, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, LL.M., Rombach (FDP)
Dr. Rudolf Jost, 1954, Dr. Apotheker, Grossrat, Villmergen (FDP)

Hans Killer, 1948, dipl. Maurermeister, Vizepräsident des Grossen Rates, Untersiggenthal (SVP)
Hansjörg Knecht, 1960, Unternehmer, Müllereitechniker, Grossrat, Leibstadt (SVP)
Thomas Lüpold, 1962, Geschäftsführer, Grossrat, Präsident SVP AG, Möriken (SVP)
Hans Ulrich Mathys, 1946, Nationalrat, Holziken (SVP)
Andrea Moll-Reutercrona, 1958, lic. phil. I, Bäuerin, Grossrätin, Gemeinderätin Sins, Fenkrieden/Sins (FDP)
Philipp Müller, 1952, Unternehmer, Nationalrat, Reinach (FDP)
Kurt Schmid, 1954, Betriebswirtschafter, Gemeindeammann, VP AGV, Lengnau (CVP)
Dr. Bernhard Scholl, 1951, Chemiker, Vizedirektor, Grossrat, Möhlin (FDP)
Luzi Stamm, 1952, Ökonom und Jurist, Nationalrat, Baden-Dättwil (SVP)
Milly Stöckli-Ammann, 1962, Bäuerin, Grossrätin, Präsidentin SVP Frauen AG, Muri (SVP)
Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, 1954, Historiker, Grossrat, Windisch (SVP)
Peter Wehrli, 1954, Winzer mit Meisterdiplom, Betriebsleiter, Grossrat, Küttigen (SVP)

STÄNDERAT (Kanton Aargau)

Esther Egger-Wyss, 1952, kaufm. Angestellte, Grossratspräsidentin 06/07, Vizepräsidentin CVP AG, Kirchdorf (CVP)

Dr. Maximilian Reimann, 1942, Dr. iur. Finanzjurist, Ständerat, Gipf-Oberfrick (SVP)

Weitere Kandidatinnen und Kandidaten sind ausserhalb des Kantons Aargau.

6. Termine

6.1 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist auf Donnerstag, **8. November 2007, 19.00 Uhr Rittersaal Schloss Habsburg**, festgelegt worden.

6.2 WAHLVERANSTALTUNG

PERSPECTIVE CH wird im kommenden Wahlkampf seine kandidierenden Mitglieder unterstützen. Diese Damen und Herren bieten Gewähr, im Sinne unserer Grundsätze in Zukunft Berns Politik zu bestimmen.

WAHLVERANSTALTUNG

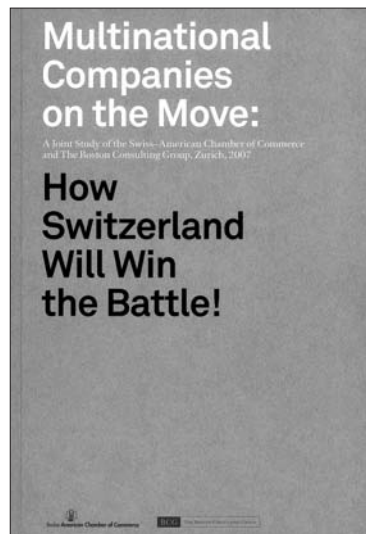
**Montag, 10. September 2007, 19.30 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig**

7. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Im Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unsern Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



Dr. Heinz Suter, ehemaliger Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, ehemaliger Grossrat CHF 10.–



2007, Studie der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer und der Boston Consulting Group CHF 10.–



Dr. Pirmin Meier, historiographischer Schriftsteller und ehemaliger Verfassungsrat Kanton Aargau CHF 5.–

8. Mitgliederwerbung

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung.
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes.
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz.
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen.



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: _____

Genauere Anschrift: _____

PLZ/Ort: _____

- Jahresbeiträge: Fr. 50.– für Privatpersonen
 Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
 ab Fr. 200.– für Gönner
Freiwillige Spenden willkommen!

Allenfalls: Alter: _____ Beruf, Stellung: _____

fakultative politische Mandate: _____
Zusatzinformation: (eidg./kantonal/kommunal)

Postanschrift: PERSPECTIVE CH
Postfach 2111
5001 Aarau

Telefon: 056 464 28 49
Fax: 056 464 28 35

Bankverbindung: Neue Aargauer Bank
5001 Aarau
PC 50-1083-6
KK 529798-81



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

NEWSLETTER

Herausgeber:
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

JUNI 2007

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Wahljahr 2007 lohnt sich ein Blick auf das aktuelle **Sorgenbarometer**. Die Arbeitslosigkeit, Gesundheit/Krankenkassen und die AHV/Altersvorsorge sind nach wie vor die meistgenannten Sorgen der Schweizer. Die verbesserte Wirtschaftslage hat sich insofern im Sorgenbarometer niedergeschlagen, als dass die Angst um den Arbeitsplatz leicht abgenommen hat und damit die Konjunktursituation etwas widerspiegelt. Alle drei Themen hängen direkt oder indirekt mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen unseres Landes und der **Wirtschaftspolitik** zusammen.

In vier Monaten stehen uns diesen Herbst die **eidgenössischen Parlamentswahlen** bevor. Damit wird letztlich über die Zukunft unseres Landes, über den innen- und aussenpolitischen Kurs, über die Sozialpolitik und den finanzpolitischen Kurs entschieden. Die zukünftige **Wirtschaftspolitik** und die **europapolitische Ausrichtung** der Schweiz werden von der zukünftigen Besetzung des National- und Ständerates wesentlich beeinflusst.

Zweifellos wird in den nächsten Wochen und Monaten an Podiumsveranstaltungen, in Wahlempfehlungsschreiben und in Parteiprogrammen vieles versprochen und in Aussicht gestellt. **Unterziehen Sie diese Aussagen und Versprechungen folgender «6-Fragen-Probe»**, stellen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten auf die Probe:

These

1. Wir brauchen einen funktionstüchtigen Staat, der sich auf seine verfassungsmässigen Kernaufgaben konzentriert.
2. Wir brauchen möglichst wirtschaftsverträgliche Teilpolitiken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu stärken.
3. Wir brauchen eine möglichst leistungsfähige Infrastruktur (Versorgungs- und Verkehrsnetze, Entsorgung).
4. Wir müssen die Qualität des staatlichen Erziehungs- und Bildungswesens bewahren und steigern.
5. Wir müssen die Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens wieder tragbar gestalten und ihre Wirksamkeit erhöhen.
6. Ein Beitritt zur EU steht derzeit nicht zur Diskussion und ein Beitritt zum EWR ist nicht mehr sinnvoll. Fazit: Bilateraler Weg (Kurzfassung Standpunkt economiesuisse)

Checkfrage an Kandidaten

- Wie und womit soll die Expansion der Aufgaben und Ausgaben des Staates konkret gestoppt werden?**
- Wie soll das wirtschaftliche Fundament unseres Staates gestärkt werden?**
- Was wird konkret zur Abschaffung der Verhinderungspolitik geleistet?**
- Wie soll konkret die Leistungs- und Wertorientierung der Schulen, Vorstufen gefördert werden?**
- Mit welchen differenzierten Angeboten sollen der Staat und Private den wachsenden Belastungen (Zunahme der Betagten, Kranken usw.) begegnen?**
- Verpflichtung zur Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und konsequente Ablehnung der EU-Vollmitgliedschaft?**

Aus dem Inhalt

1. Inakzeptable Einmischung: Steuerstreit mit der EU
2. Armee und Rüstungspolitik: Wann wechselt der Bund endlich zu einer modernen Rüstungspolitik?
3. Gut besuchte öffentliche Veranstaltung von PERSPECTIVE CH
4. Vorstand und Co-Präsidium
5. National- und Ständeratswahlen 2007
6. Termine, Veranstaltungen
7. Publikationen
8. Mitgliederwerbung

BEILAGE: Pressespiegel

1. Inakzeptable Einmischung: Steuerstreit mit der EU

Der schweizerische Staat ist relativ sparsam und effizient, nicht zuletzt als Ergebnis der Dreiteilung unserer Steuerhoheit. Im Weiteren ist das schweizerische Steuersystem vom Volk gewählt. – Diese beiden Vorteile gilt es offensiv vorzutragen in Brüssel.

Die Schweiz steht wegen ihrer Steuerpolitik unter Dauerdruck der EU und wird es wohl noch lange bleiben. Wer sich allerdings die fiskalischen Spezialitäten verschiedener EU-Länder ansieht, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Angriffe auf das Schweizer Steuerrecht reichlich selektiv erfolgen, wie die nachstehenden Beispiele zeigen:

- Grossbritannien und Monaco kennen Privilegien für betuchte Steuerzahler.
- London gewährt Hedge-Fonds und Private Equity Fonds Steuerprivilegien.
- Luxemburg und Belgien bevorteilen, wie die Schweiz, Holdinggesellschaften, allenfalls noch bis 2010.
- In den Niederlanden werden Einkünfte aus Patentrechten zu weniger als halb so viel besteuert wie gewöhnliche Gewinne.

Die Kritik der Europäischen Kommission an der Holdingbesteuerung auf Kantonsebene entbehrt nicht nur jeder Grundlage, sondern dieses Vorgehen hinterlässt darüber hinaus staatspolitisch einen äusserst fragwürdigen Eindruck: Mit ihrem Beschluss zugunsten einer Ermächtigung für Verhandlungen über die kantonalen Steuerregimes für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften hat sich die EU-Kommission nämlich in mehrfacher Hinsicht weit vorgewagt, und was immer auch herauskommen mag, dieser anmassende Schritt dürfte dem Image der EU eher abträglich sein.

Als Nichtmitglied der EU liegt es in unserer eigenen Verantwortung, eine Steuerpolitik in unserem nationalen Interesse zu betreiben. Nicht zuletzt die steuerlichen Rahmenbedingungen sind ein Teil unserer erfolgreichen Standortpolitik, für welche wir uns nicht zu entschuldigen haben. Die unmissverständliche bundesrätliche Haltung, dass die Steuerpolitik keine Verhandlungssache sei, ist deshalb die einzige richtige Antwort auf die unverständlichen Vorwürfe aus Brüssel: **Es gibt keine Alternative zu einem unbedingten Festhalten an unserer durch das Volk beschlossenen Steuerpolitik.**

DIE HALTUNG DER BUNDESRATSPARTEIEN ZUM EU-ANGRIFF AUF DIE STEUERSOUVERÄNITÄT DER SCHWEIZ

Fragestellung: Wie bewertet ihre Partei die Einflussnahme der EU auf das Steuersystem? (Gekürzt)

FDP «Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU und kann deshalb ihre Steuerpolitik selber bestimmen. Die von der EU ins Feld geführte Kritik an der schweizerischen Steuerpolitik ist nicht stichhaltig. Dass das aktive Standortmarketing der Schweiz der EU ein Dorn im Auge ist, ist zwar verständlich. Nicht zu tolerieren ist aber, dass die EU aufgrund eigener Versäumnisse einiger Mitgliedstaaten versucht, sich in die Angelegenheiten der Schweiz einzumischen.» (G. Schommer, Generalsekretär)

CVP «Diese Einflussnahme ist eine Provokation. Tatsächlich geht es darum, den erfolgreichen Finanzplatz Schweiz zu schwächen. Bezeichnenderweise werden die Attacken von jenen Volkswirtschaften orchestriert, welche grosse Staatsdefizite aufweisen. Es ist ein altbewährtes Mittel, andere anzugreifen, um von den eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken.» (R. Nause, Generalsekretär)

SVP «Die Drohungen der EU sind als massiver Angriff auf die schweizerische Souveränität zu werten. Es gehört zur Souveränität eines jeden Staates, sein Verfassungssystem – und damit auch sein Steuerrecht – selbständig und frei zu gestalten. Das schweizerische Steuersystem baut auf die föderativen und wettbewerblichen Grundsätze, nach welchen die Eidgenossenschaft strukturiert ist.» (G.A. Rutz, Generalsekretär)

SP «Wenn die EU ein Anliegen hat, soll sie es vorbringen. Das tut die Schweiz auch. Nicht gerechtfertigt und kontraproduktiv ist die Androhung von Sanktionen. Das Freihandelsabkommen bietet dafür keine rechtliche Handhabe. Die Schweiz und die EU sollen aber Gespräche aufnehmen, wir sind schliesslich beidseitig wichtige Partner.» (Th. Christen, Generalsekretär)

«Liebe Europäer, kämpft gegen Eure Steuervögte, nicht gegen unsere Steuerrabatte»

Beat Kappeler, NZZ a. S., 11.2.2007

Nationale Interessen sind legitim

Die Demarche der EU-Kommission lässt sich eigentlich nur mit dem Erfolg der Schweiz bei der Ansiedelung ausländischer Unternehmen erklären. Unser Land hat sich dank attraktiven Bedingungen, und dazu zählen bei weitem nicht nur die Steuern, zum Mekka für ausser-europäische Unternehmen entwickelt. Dadurch konnten Abertausende von Arbeitsplätzen und mehrere Milliarden an Steuern gewonnen werden. Die Bedeutung für die Schweiz ist daher erheblich. Allein schon diese nationalen Interessen verbieten ein Entgegenkommen.

Die EU müsste zudem endlich zur Kenntnis nehmen, dass unser Land steuerpolitisch souverän ist. Dies heisst, dass die Schweiz legitimiert bleibt, auf Steuervorteile im internationalen Wettbewerb zu bauen. Eine Politik, welche schliesslich auch von einer ganzen Anzahl von EU-Staaten mit Erfolg betrieben wird. Die Steuerharmonisierung innerhalb der EU ist ohnehin spätestens mit dem Eintritt der zehn Neuen vom Tisch. Denn höchstens in den Augen realitätsfremder Ideologen ist Steuerwettbewerb etwas Schädliches. In der Praxis würden denn auch bei einem zwar nicht zu erwartenden Einlenken der Schweiz kaum die EU-Hochsteuerländer, sondern andere Destinationen profitieren.

Gerold Bührer, Nationalrat, Präsident economiesuisse

2. Armee und Rüstungspolitik:

Wann wechselt der Bund endlich zu einer modernen Rüstungspolitik?



Dr. Daniel Heller
Grossrat, Erlinsbach AG

Die Beschaffung des Geschützten Mannschaftstransportfahrzeuges (GMTF) wurde dieses Frühjahr vom VBS aus dem RP07 ins RP08 verlagert. Damit entsteht eine grosse Lücke im RP07, das anstelle der vorgesehenen Beschaffungen im Umfang von rund einer Milliarde Franken nur rund die Hälfte umfasst. Die Fähigkeiten der Truppen werden heutzutage nicht mehr primär an der Bedrohung, sondern am «Stand der Technik» und an den von einer Armee verlangten Fähigkeiten gemessen. Daher sind die Investitionen zu verstetigen, konsequent auf erkannte Lücken auszurichten – beispielsweise bei der Luftwaffe, wo die Tiger am Ende ihrer Einsatztauglichkeit stehen – und auf einem gewissen Niveau zu halten. Nur so können technologisch glaubwürdige Streitkräfte unterhalten werden.

Die kurzfristige Streichung einer Beschaffung im Umfang von über einer halben Milliarde Franken hat das Rüstungsprogramm 07 wieder zu einem Miniprogramm geschrumpft. Wenn die Beschaffung des Geschützten Mannschaftstransportfahrzeuges (GMTF) offenbar nicht spruchreif war, so erstaunt, dass das VBS keine nachrückende, im Volumen äquivalente Beschaffungsposition präsentierte. Als Folge entsteht eine Verzögerung des gesamten Rüstungsprozesses, da im übernächsten RP dann eine andere Position zugunsten der GMTF zurückstehen muss. Zudem wird ein entsprechend grösseres RP kommender Jahre politische Widerstände hervorrufen.

Diese Problematik beweist einmal mehr die Untauglichkeit des heutigen politischen Verfahrens: Die jährlichen parlamentarischen Beschaffungsdebatten haben einen Detaillierungsgrad erreicht, der den Blick auf die eigentlichen Ziele verwehrt. So droht jede Rüstungsbeschaffung ein von tagespolitischen Taktiken geprägter emotionsgeladener Spiessrutenlauf zu werden.

Mehrjährige Verpflichtungskredite sollen die Jahresprogramme ablösen

Es ist daher zu fordern, dass sich künftig Verpflichtungs- oder Rahmenkredite auf mehrere Jahre erstrecken und inhaltlich zweckgebunden sind, um die Schliessung von Fähigkeitslücken abzudecken. Im Rahmen der Kredite sollen die Einzelbeschaffungen flexibel und bedarfsgerecht erfolgen. Zwecks Transparenz sollen als Basis der Rüstungsplanung und -beschaffung jährlich publizierte, rollende, mittelfristige Rüstungsplanungen dem Parlament vorgelegt werden.

Damit kann die Politik den Planungshorizont der Armee nachvollziehen und die Ressourcenverteilung besser abstimmen. Die Rüstungskredite müssen darauf basierend hinreichend bereitgestellt und beispielsweise auf vier Jahre als Verpflichtungs- oder Rahmenkredite gewährt werden. Das Gesamtparlament soll sich auf die Bewilligung der fähigkeitsorientierten Gesamtplanung und der dazu benötigten Kredite konzentrieren und sich aus der Detailsteuerung der Beschaffungen zurückziehen: Welche Schutzmaske, welches Fahrzeug, welches Gewehr beschafft wird, darüber sollen Bundesrat, Verwaltung und Experten befinden.

Luftwaffe: Gefahr im Anzug – es droht ein Grounding

In der sicherheitspolitischen Agenda sind vor allem zwei bevorstehende Ereignisse für den Fortbestand der Schweizer Luftwaffe von eminenter Bedeutung:

– Bald ist mit der Abstimmung über die Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» der Fondation Franz Weber zu rechnen. Wird sie angenommen, verliert die Luftwaffe ihre verbleibenden Gebirgsflugplätze und einen bedeutenden Teil ihrer Trainingsmöglichkeiten in der Schweiz.

– Die F-5E-Tiger-Kampfflugzeuge erreichen 2010 das Ende ihrer operationellen Lebensdauer. Alleine mit den bisherigen F/A-18 wird die Luftwaffe ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Die Ablösung der Tiger mit rund 30 neuen Kampfflugzeugen wird Opposition provozieren. Die GSoA hat bereits eine Neuauflage der Anti-F/A-18-Initiative von 1992 angekündigt.



Grounding der Luftwaffe vermeiden: 2010 steht die Ersatzbeschaffung der F-5E-Tiger-Kampfflugzeuge an.

Ein ungenügend kontrollierter und verteidigter Schweizer Luftraum würde die Glaubwürdigkeit der Schweizer Sicherheitspolitik in arge Mitleidenschaft ziehen. Die Weber-Initiative und die drohende Opposition gegen neue Kampfflugzeuge gefährden sowohl Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten als auch das Vertrauen des Schweizer Volkes in die Notwendigkeit eines militärischen Luftraumschutzes – das bedeutet nichts weniger als ein Grounding für unsere Luftwaffe.

3. Gut besuchte öffentliche Veranstaltung von PERSPECTIVE CH

(Vgl. dazu auch beiliegende Pressemitteilungen)

Die öffentliche Veranstaltung vom 30. Oktober 2006 mit den beiden Ständeräten **Dr. Thomas Pfisterer** und **Dr. Maximilian Reimann** war der generellen **politischen Lagebeurteilung** gewidmet und wiederum sehr gut besucht. FAZIT: «Unser Land hat gute Karten, aber keinen Platz für Selbstzufriedenheit.»



4. Vorstand und Co-Präsidium (Art. 23, Abs. 3 der Statuten)

Vorstand Gewählt an der Mitgliederversammlung 2005 für 2 Jahre:

Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH (Präsident), Dora Bärtschi, ehem. Grossratspräsidentin (Vizepräsidentin), Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer (Vizepräsident), Susanne Scheuzger, ehem. Grossrätin, Daniel Knecht, ehem. Grossrat, Dr. Markus Letsch, Dr. Daniel Heller, Grossrat

Co-Präsidium (jährliche Wiederwahl)

Vorname	Name	Ort	Partei	Vorname	Name	Ort	Partei		
Dr. Willy	Loretan	a. Ständerat	Zofingen	FDP	Hans-Jörg	Knecht	Grossrat	Leibstadt	SVP
Dr. Maximilian	Reimann	Ständerat	Gipf-Oberfrick	SVP	Ueli	Kohler	Grossrat	Baden	SVP
Dr. Thomas	Pfisterer	Ständerat	Aarau	FDP	Regina	Lehmann-Wälchli	Grossrätin	Reitnau	SVP
Ernst	Hasler	Regierungsrat	Strengelbach	SVP	Thomas	Lüpold	a. Grossratspräsident	Mörken	SVP
Dr. Jean Henri	Dunant	Nationalrat	Basel	SVP	Marianna	Mattenberger	Grossrätin	Birr	SVP
Theo	Fischer	a. Nationalrat	Hägglingen	SVP	Andrea	Moll-Reutercrona	Grossrätin	Fenkrieden	FDP
Lieni	Füglister	Nationalrat	Rudolfstetten	SVP	Dr. Bernhard	Schöll	Grossrat	Möhlin	FDP
Ulrich	Giezendanner	Nationalrat	Rothrist	SVP	Milly	Stückli-Ammann	Grossrätin	Muri	SVP
Walter	Glur	Nationalrat	Glashütten	SVP	Dr. Jürg	Stüssi-Lauterburg	Grossrat	Windisch	SVP
Filippo	Leutenegger	Nationalrat	Zürich	FDP	Erich	Vögeli	Grossrat	Kleindöttingen	SVP
Hans Ulrich	Mathys	Nationalrat	Holziken	SVP	Peter	Wehrli	Grossrat	Küttigen	SVP
Ueli	Maurer	Nationalrat	Wernetshausen	SVP	Therese	Bachofen	ehem. Grossrätin	Rothrist	
Philipp	Müller	Nationalrat	Reinach	FDP	Josef	Baur	ehem. Grossrat	Villmergen	
Walter	Müller	Nationalrat	Azmoos	FDP	Bruno	Bertschi	ehem. Grossrat	Wohlen	
Ulrich	Schlüter	Nationalrat	Flaach	SVP	Harry	Burgherr	ehem. Grossrat	Rothrist	
Luzi	Stamm	Nationalrat	Baden	SVP	Patrick	Fischer	ehem. Grossrat	Bremgarten	
Hansruedi	Wandfluh	Nationalrat	Frutigen	SVP	Ernst	Frey	ehem. Grossratspräsident	Kaiseraugst	
Adrian	Ackermann	Grossrat	Kaisten	FDP	Paul	Friedli	ehem. Grossrat	Wohlenschwil	
Gregor	Biffiger	Grossrat	Berikon	SVP	Reinhard	Gloor	ehem. Grossratspräsident	Birr	
Thomas	Bodmer	Grossrat	Wettingen	SVP	Walter	Hagenbach	ehem. Grossrat	Würenlos	
Alfred	Böni	Grossrat	Möhlin	SVP	Hans	Hagenbuch	ehem. Grossrat	Oberlunkhofen	
Hans	Bürge	a. Grossratspräsident	Safenwil	EV	Matthias	Häusermann	ehem. Grossrat	Seengen	
Thomas	Burgherr	Grossrat	Wiliberg	SVP	Leodegar	Hüber	ehem. Grossrat	Birri-Aristau	
Thierry	Burkart	Grossrat	Baden	FDP	Walter	Hunkeler	ehem. Grossrat	Wettingen	
Hans	Dössegger	Grossrat	Seon	SVP	Werner	Indermühle	ehem. Grossrat	Zurzach	
Irène	Dössegger	Grossrätin	Seon	SVP	René	JeanRichard	ehem. Grossrat	Lenzburg	
Esther	Egger-Wyss	Grossratspräsidentin	Kirchdorf	CVP	Ulrich	Jehle	ehem. Grossrat	Etzgen	
Corina	Eichenberger	a. Grossratspräsidentin	Källiken	FDP	Rainer	Kaufmann	ehem. Grossrat	Ruppertswil	
Sylvia	Flückiger	Grossrätin	Schöftland	SVP	Dr. Ernst	Kistler	ehem. Grossrat	Brugg	
Walter	Forrer	Grossrat	Oberkulm	FDP	Daniel	Knecht	ehem. Grossrat	Windisch	
Roger	Fricker	Grossrat	Oberhof	SVP	Markus	Kunz	ehem. Grossrat	Frick	
Pascal	Furer	Grossrat	Staufen	SVP	Maurice	Perrinjaquet	ehem. Grossrat	Menziken	
Andreas	Glarner	Grossrat	Oberwil-Lieli	SVP	Erwin	Plüss	ehem. Grossrat	Rothrist	
Urs	Haeny	Grossrat	Oberwil-Lieli	FDP	Rudolf	Scheibler	ehem. Grossrat	Unterenfelden	
Dr. Daniel	Heller	Grossrat	Aarau	FDP	Kurt	Schmid	ehem. Grossrat	Langnau	
Alexander	Hürzeler	Grossrat	Oeschgen	SVP	Josef	Senn	ehem. Grossrat	Döttingen	
Dr. Rudolf	Jost	Grossrat	Villmergen	FDP	Rolf	Urech	ehem. Grossrat	Hallwil	
Hans	Killer	Grossrat	Untersiggenthal	SVP	Werner	Vogt	ehem. Grossratspräsident	Villingen	
Dr. Rainer	Klöti	Grossrat	Auenstein	FDP	Susanne	Scheuzger	ehem. Grossrätin	Buchs	

Revisionsstelle: THV AG, Aarau